

# ***Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft***

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## **Antragstext**

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 16 gefährdet
- 17 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 18 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 19 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 20 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 21 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 22 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 23 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere. Wir müssen jetzt den Mut
- 24 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 25 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken.
- 26 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 27 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 28 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 29 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein  
 31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur  
 32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber  
 33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese  
 34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit  
 35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in  
 37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue  
 Arbeitsplätze  
 38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen  
 39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie  
 40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität  
 41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken  
 zu  
 42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und  
 44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und  
 45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**  
 46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregeltem  
 47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der  
 48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage  
 49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die  
 50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung  
 51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem  
 52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert –  
 53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für  
 faires,  
 55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt  
 56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll  
 57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen  
 58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise  
 59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines  
 61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative  
 62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die  
 63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von  
 64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren  
 65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und  
 66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so

67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher  
 68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große  
 69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung  
 70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu

## Lasten

71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten  
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten  
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher  
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er  
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete  
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den  
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor  
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-  
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und  
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in  
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits  
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.  
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb

86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von  
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive  
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen  
89 für  
90 ihre Ausweitung und Absicherung.

91 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu  
92 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese  
93 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir GRÜNE wollen einen  
94 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern  
95 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des  
96 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

97 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales  
98 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum  
99 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

100 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft  
101 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im  
102 Mittelpunkt unser Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das  
103 Wohlergehen aller Bürger\*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die  
104 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt  
105 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und  
106 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und  
107 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

108 Es wird gelingen

109 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde  
110 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert  
111 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale  
112 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und

gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken. Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive, ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an Seit für den Wandel kämpfen.

Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen schalten ihre Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da. **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertreter\*innen, Bürger\*innenbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und kritischen Forscher\*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

## 1. Ein neuer Wohlstandsbegriff

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich

153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes  
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im  
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit  
möglich von**  
156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem - der  
damit  
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum  
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.  
159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer  
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den  
maximalen  
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu  
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch  
wachstumsunabhängig  
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und  
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres  
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und  
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den  
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen  
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden  
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt  
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor  
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,  
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues**  
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben  
den  
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und  
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den  
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die  
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche  
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren  
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten  
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren  
183 wie CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die  
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der  
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht  
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir  
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften  
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung  
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie

zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich, dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient. Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens haben.

## 2. Die Wirtschaft klimaneutral machen<sup>1</sup>

Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz davor, alle roten Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher\*innen warnen. Das hätte gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir schon heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch werden die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere Gesellschaften fordern wie nie zuvor.

Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der Chemiebranche.

Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung nun in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen. Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie CO<sub>2</sub>-lastige durch CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus dem**

**Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde Menschen miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in  
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen  
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche  
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche  
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein  
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die  
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird  
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt  
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur  
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis  
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle  
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade  
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die  
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.  
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum  
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden  
und

248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der  
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für  
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer  
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so  
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 CO<sub>2</sub> muss einen Preis bekommen

254 Ein **wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir  
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich  
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit  
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und für eine Umstellung  
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so  
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen  
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO<sub>2</sub>-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig  
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,  
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle  
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**  
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57  
Milliarden

267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem  
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung

von

269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen  
 271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei  
 272 sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht  
 273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir  
 274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
 275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und  
 276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine  
 277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für  
 278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen  
 279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine  
 280 entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie  
 283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse in den  
 284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

#### **Abschreibungsmöglichkeiten**

285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO<sub>2</sub>-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern.** Die

286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten  
 287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so  
 288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte  
 289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden  
 291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich  
 292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die  
 295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie  
 296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet  
 297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also  
 298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.  
 299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und  
 300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu  
 Postwachstumsökonomien  
 301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus  
 304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von  
 305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von  
 306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.  
 307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen



benötigen

308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die  
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und  
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige  
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für  
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in  
Höhe

314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische  
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei  
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen  
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über  
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe  
aufgeschlagen

323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive  
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen  
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt  
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital  
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und  
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken  
und

331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie  
332 aussteigen. Damit auch Kleinanleger\*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr  
333 Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für nachhaltige**  
334 **Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle Anleger\*innen  
335 nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir entsprechende  
336 Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamt\*innenpension oder  
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien  
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür  
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des  
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von  
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen  
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-  
Ziele

345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und

346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage  
347 müssen

347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch  
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch  
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

### 352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe  
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und  
außerdem

355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt  
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den  
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.  
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese  
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der  
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch  
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir  
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-  
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

#### **Recyclingquoten**

365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller\*innen  
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und  
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein  
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer  
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert.  
Auch

371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein  
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu  
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse  
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

### 375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung  
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele  
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch  
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für  
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie  
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine  
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürger\*innen  
383 absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder selbstständig oder  
384 auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen diesen

385 unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige und  
386 unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu  
388 Bürger\*innenversicherungen weiterentwickeln, in die alle Bürger\*innen auf alle  
389 Einkommensarten einzahlen. Die Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung  
390 für alle Erwerbstätigen, abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden,  
391 mit einem Recht auf Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit  
392 sich insbesondere Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können.  
393 Und wir wollen, dass in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen  
394 wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine  
395 Garantiesicherung, mit der wir Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale  
396 Abfederung der Veränderungen, sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an  
397 der Gesellschaft teilzuhaben und den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ  
398 mitgestalten zu können.

## 399 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

400 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung  
401 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen  
402 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann  
403 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich  
404 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv  
405 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich  
406 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung.  
Ein

407 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** -  
eine

408 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im  
409 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

410 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt - muss

411 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und  
412 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

413 Zukunftsbildung ist der Schlüssel

414 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer  
415 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet  
416 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu  
417 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen  
418 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit  
Teil des

419 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer  
420 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit  
421 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.  
422 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.  
423 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den  
424 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während

425 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die  
426 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der  
427 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf  
428 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

429

430 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich  
431 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für  
432 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine  
433 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie  
434 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die  
435 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen  
436 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie  
437 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste  
438 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von  
439 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die  
440 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke  
441 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten  
442 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.  
443 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und  
444 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich  
445 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere  
446 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie  
447 nicht gut lesen und schreiben können.

448 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere beim  
449 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme  
450 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

451 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss  
452 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die  
453 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
454 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und  
455 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

456 Fachkräftemangel bekämpfen

457 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
458 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die  
459 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels  
460 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend  
notwendig.

461 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir  
462 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
463 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines  
464 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
465 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere  
466 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und

467 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt  
468 integrieren.

469 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

470 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und  
471 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese  
472 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine  
473 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen  
474 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von  
475 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige  
476 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in  
477 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten  
478 Altersarmutsrisiko.

479 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen  
480 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir  
481 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in  
482 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr  
483 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus  
484 pro zu pflegender Person einführen.

485 Neue Jobs

486 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der  
487 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen  
ausgebaut  
488 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer  
489 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

490 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

491 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen  
492 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen  
493 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

494 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-  
Branche** in

495 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im  
496 gesamten **Bereich Umweltechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5  
Millionen

497 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
498 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer\*innen,  
499 Elektrotechniker\*innen, Ingenieur\*innen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte – von der  
500 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

501 Gute Arbeitsbedingungen

502 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und  
503 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive  
504 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit

überwinden.

505 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum  
506 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es  
507 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von  
508 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz erhalten  
509 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und  
510 verfolgt wird.

511 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,  
512 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer\*innen im Betrieb. Deshalb  
513 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die

514 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung  
515 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die  
516 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von  
517 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der  
518 Arbeitnehmervertreter\*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat  
519 erweitert werden.

520 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir  
521 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür  
522 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme  
523 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitwerbstätige von ihrer Arbeit  
524 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren  
525 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr  
526 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,  
527 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung  
528 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der Wissenschaft in der  
529 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

530 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die  
531 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche  
532 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein  
533 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für  
534 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**  
535 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass  
536 die  
537 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt  
538 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und  
539 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch  
540 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im  
541 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr  
542 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,  
543 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

543 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**  
544 anpassen.

544 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger  
545 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer\*innen-Begriff neu

546 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige  
 547 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es  
 548 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.  
 549 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürger\*innenversicherung am  
 550 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu  
 551 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir  
 552 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche  
 553 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig  
 sowie  
 554 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe  
 555 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des  
 556 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

557 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie  
 558 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-  
 559 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren  
 560 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die  
 561 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an  
 562 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht  
 563 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es  
 564 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

565 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von  
 566 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen  
 567 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von  
 568 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,  
 569 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den  
 570 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebssitz. Es  
 571 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins  
 Leben  
 572 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der  
 573 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

574 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive  
 575 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies  
 576 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch  
 577 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

578 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmer\*innen rund um die Uhr. Zum  
 579 Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für die tägliche  
 580 Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im Rahmen des  
 581 Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und  
 582 mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine **Wahlarbeitszeit**  
 583 **zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-Stellen als  
 Vollzeitstellen  
 584 anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem Arbeitszeitkorridor  
 585 umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen Arbeitszeiten ist darauf zu

achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig, damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von ca. 9 bis 15 Uhr stattfinden.

Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu fördern.

Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen mit Frauen besetzt werden. Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte**

und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office einführen.

Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

Eine verbesserte **Mitarbeiter\*innenbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem Fachkräftemangel als auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiter\*innenbeteiligung. Wir wollen daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiter\*innenbeteiligungen deutlich anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr Informationen bereit zu stellen.

Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören



alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen, Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber\*innen verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**, durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte, sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen grundsätzlich angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und LSBT\*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen und damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

## 6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen

Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel voran und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze, die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und Verfahren zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen Unternehmen schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende, sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft. Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch

667 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir  
668 dafür, dass  
669 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

669 Gründer\*innen fördern

670 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital  
671 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
672 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro  
673 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital  
674 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und  
675 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-  
676 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie  
677 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

678 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
679 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder  
680 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes  
681 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher  
682 männliche als weibliche Gründer\*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu  
683 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**  
684 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der**  
685 **sich nur**  
686 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach  
687 einem  
688 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt  
689 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für  
690 Frauen,  
691 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben  
692 finanziell  
693 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu  
694 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu  
695 entwickeln und umzusetzen.

692 Jede\*r fünfte Gründer\*in hat eine Einwanderungsgeschichte. Die migrantische Ökonomie ist zu  
693 einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit machen von Menschen mit  
694 Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller Unternehmen aus. In  
695 einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten sie einen  
696 entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die Hürden bei  
697 allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit  
698 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen  
699 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden  
700 und  
701 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

701 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein  
702 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
703 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige  
704 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so  
705 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**

706 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**

707 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt und

708 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten

709 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit

710 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen

711 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

712 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen den

713 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht

714 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und -

715 förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen Zeit zum

716 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer\*innen und

717 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige

718 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen

719 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum

720 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

721 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen** und

722 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche

723 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des

724 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge

725 ermöglicht.

726 Für die erfolversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**

727 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-

728 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen

729 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu

730 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups

731 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch Beratung

732 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

733 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten

734 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern

735 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die vollständige

736 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger\*innen und der

737 Verwaltung viel Zeit und Geld.

738 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele

739 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von

740 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir

741 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.

742 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen

743 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige  
744 Planung auszustatten.

745 Wagnisse ermöglichen

746 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch  
747 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

748 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den  
Unterschied  
749 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen  
750 ausmachen.

751 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der  
752 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle  
im  
753 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen  
754 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere  
755 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
756 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel  
757 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal  
758 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

759 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig  
760 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
761 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig  
762 verwalteter Bürger\*innenfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
763 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich  
764 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürger\*innenfonds verhindern  
wir  
765 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
766 Bürger\*innenfonds.

767 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge  
Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

770 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500  
771 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in  
772 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
773 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds  
aufbauen,  
774 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.  
775 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen  
776 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedstaaten sich beteiligen müssen,  
777 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

778 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der  
779 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme  
780 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und

781 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir GRÜNE wollen technischen Fortschritt, der sich an  
782 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

## 783 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

784 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die  
785 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der  
786 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie  
787 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.  
788 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

789 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von  
790 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende  
Eingriffe

791 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und  
792 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

793 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss  
794 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem  
795 Unternehmer\*innentum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir  
796 dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der  
797 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

798 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren  
799 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-  
800 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene  
801 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und  
802 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

803 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -  
804 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich  
805 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig. Ein  
806 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In  
807 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.  
808 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von  
809 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

810 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

811 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine  
812 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner  
Verbraucherschutz,

813 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch  
bei

814 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich  
815 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet  
816 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und  
wechseln

817 zu können.

818 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb  
819 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der  
820 Bundesregierung verhindert wird.

821 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder  
822 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn  
823 beispielsweise  
824 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim  
Verkauf  
825 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**  
826 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.  
Ziel ist  
827 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden  
wir  
828 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von  
829 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

830 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
831 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu  
832 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**  
833 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

834 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

835 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
836 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere  
837 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir  
838 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue  
839 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**,  
damit  
840 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen  
841 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher  
842 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die  
843 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen  
844 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

845 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die  
846 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können.  
Solange  
847 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch  
848 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder  
849 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.  
850 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur  
851 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch  
852 strafbewehrter Verbote einschließen.

853 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht  
854 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und  
855 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

856 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für  
857 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die  
treuhänderisch  
858 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden  
859 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten  
für  
860 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen,  
wollen  
861 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste  
862 Modellprojekte anstoßen.

863 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen  
864 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem  
865 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der  
866 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken

867 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und  
868 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**  
869 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der  
Haftung,  
870 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie  
871 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

872 IT für grüne Ziele nutzen

873 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.  
Die  
874 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
875 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**  
876 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann  
877 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber  
878 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.  
879 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der  
880 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge wird der  
881 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn  
882 wir nicht umsteuern.

883 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
884 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-  
885 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
886 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für  
887 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

888 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber  
889 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
890 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent  
könnte der  
891 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
892 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent  
893 nutzen.

Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass Wegstrecken zur Arbeit und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden können. Mit den selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.

IT-Sicherheit für die Industrie

Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-Sicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

## 8. Die Technik von morgen entwickeln

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen.

917

Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie

Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in

der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter, risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein

innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.



933 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und  
934 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.  
935 Gerade disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf  
936 eine unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es  
937 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen  
938 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der  
939 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

940 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

941 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.  
942 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der  
943 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und  
944 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**  
945 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein  
946 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die  
947 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,  
948 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um  
949 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

950 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen  
951 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-**  
**französisches**

952 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die  
953 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.  
954 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng  
955 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-  
956 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscher\*innen zusammenzubringen  
und  
957 tatsächlich Synergien zu etablieren.

958 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale  
959 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine  
960 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem  
961 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung  
962 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-  
963 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

964 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G-Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die  
965 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die  
966 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die  
967 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir  
968 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über  
969 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die  
970 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns  
971 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches  
972 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

973 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu

974 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide  
 975 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau  
 976 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner  
 977 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen  
 978 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen  
 979 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

#### 980 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

981 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir  
 982 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,  
 983 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für  
 984 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter  
 985 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open  
 986 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir  
 987 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu  
 988 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue  
 989 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams  
 bilden

990 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an  
 991 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger\*innen und Forschenden.

992 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle  
 993 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung  
 994 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen  
 995 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von  
 öffentlichen

996 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen  
 997 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zu berücksichtigen. Dafür  
 998 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der  
 999 Formulierung von Forschungsfragen.

1000 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und  
 1001 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)  
 1002 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus  
 1003 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der  
 1004 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in  
 1005 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt

1006 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

#### 1007 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1008 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und  
 1009 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt  
 1010 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel  
 1011 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.  
 1012 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach  
 1013 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem  
 1014 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1015 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu  
 1016 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über  
 1017 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch  
 1018 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und  
 dem  
 1019 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft  
 1020 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung  
 1021 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das  
 1022 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen  
 1023 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen  
 1024 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort  
 1025 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1026 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,  
 1027 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort  
 1028 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen  
 Altschulden  
 1029 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die  
 1030 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
 1031 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr  
 1032 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft  
 1033 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben  
 entlasten und  
 1034 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der  
 1035 günstigen Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**  
**Wirtschaftsförderung**  
 1036 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen  
 1037 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht  
 1038 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte  
 1039 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1040 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus  
 1041 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.  
 1042 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin  
 1043 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen  
 würden die  
 1044 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**  
 1045 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen  
 1046 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und  
 1047 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.  
 1048 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
 1049 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind  
 1050 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte  
 1051 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

## 1052 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen** 1053 **Binnenmarktes**

### 1053 **nutzen**

1054 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,  
1055 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa  
1056 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1057 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein  
großes

1058 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu  
1059 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
und

1060 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu  
1061 lassen.

1062 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der  
1063 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich  
Unternehmen

1064 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
1065 international Karriere.

1066 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für  
1067 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
1068 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus  
1069 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,  
1070 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**  
1071 **ökologische Marktwirtschaft.**

1072 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen  
1073 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach  
1074 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer  
1075 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
1076 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1077 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

1078 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv  
1079 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,  
1080 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch  
1081 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige  
1082 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller  
1083 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen  
1084 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen  
1085 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme  
müssen

1086 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1087 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
1088 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
1089 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.

1090 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch  
1091 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.  
1092 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine  
1093 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

1094 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1095 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1096 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten  
1097 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf  
1098 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-  
1099 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der  
Regeln

1100 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen  
1101 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu  
1102 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu  
1103 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

1104 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,  
1105 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine  
1106 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische  
1107 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen  
und

1108 dadurch den Wettbewerb verzerren.

1109 Kontrolle über kritische Infrastruktur

1110 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**  
1111 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für  
1112 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent  
1113 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur  
1114 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall  
1115 erpressbar.

1116 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen  
1117 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen**  
**Infrastruktur**

1118 **notwendig.**

1119 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche  
1120 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale  
1121 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende  
1122 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-  
1123 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders  
1124 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie  
1125 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders  
1126 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher  
1127 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer  
1128 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und

1129unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für  
1130europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu  
1131erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität  
1132für Europas Bürger\*innen und seine Unternehmen zu verfolgen.

1133Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1134Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches  
1135Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair  
1136produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.  
1137Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür  
braucht

1138es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern  
1139einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche  
1140Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer  
1141Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.  
1142So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit  
1143Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1144Den Euro zur Leitwährung machen

1145Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1146Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1147daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1148Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**  
1149**vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische  
1150Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine  
1151Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut  
funktionieren

1152kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung  
1153beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren  
1154kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den  
1155Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die  
1156Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und  
1157investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten  
1158umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite  
Steuern

1159wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer  
1160harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1161Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1162Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1163daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion  
1164braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für  
1165sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame  
1166Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel  
1167grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische**  
Anleihen

1168zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und  
1169perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1170 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht  
 1171 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage  
 1172 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1173 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür  
 1174 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**  
 1175 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen  
 Mitbestimmung

1176 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame  
 1177 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass  
 1178 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt  
 1179 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer  
 1180 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum anderen braucht es dafür  
 1181 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung  
 ausgestaltet

1182 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.  
 1183 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten  
 1184 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner  
 1185 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1186 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und  
 zur

1187 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
 1188 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen  
 1189 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies  
 1190 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
 1191 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die  
 1192 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator  
 1193 ein.

## 1194 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1195 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
 1196 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht  
 1197 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
 1198 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee  
 1199 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe  
 1200 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung  
 behindern.

1201 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht  
 1202 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und  
 1203 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale  
 Geschäftsmodelle

1204 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für viele Dienste  
 im

1205 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu  
 1206 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
 1207 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren oder  
 1208 Konkurrent\*innen auszubooten.

1209 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen  
1210 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die  
1211 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den  
1212 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**  
1213 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses  
1214 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches  
1215 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes  
Verhalten  
1216 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole  
1217 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

1218 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung  
nachweisen,  
1219 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten  
1220 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten  
werden  
1221 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.

1222 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**  
1223 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute  
1224 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen  
1225 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten  
1226 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1227 Wir GRÜNE wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt  
1228 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei  
1229 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer  
Agrochemiekonzerne  
1230 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.  
1231 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1232 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreter\*in für Außen- und  
1233 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

1234 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal  
hat  
1235 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu  
umgehen.

1236 Wir GRÜNE wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine  
1237 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten  
1238 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine  
Gesetze  
1239 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken  
1240 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer  
1241 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden  
1242 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und Interessengruppen auf den  
1243 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister**  
1244 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft  
1245 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen



und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower\*innen. Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss jede\*r Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

## 12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen

Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremist\*innen und Nationalist\*innen benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber auch einen Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen voneinander ab. In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den

Weg für eine grüne Wende im globalen Maßstab ebnen.

Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards. Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen weltweit entstehen. Wenn Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,

die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner\*innen sich verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzuerlegen.

Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU-Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,

das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir

1287 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA  
 1288 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,  
 1289 Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthalten. Der brennende  
 Amazonas

1290 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den  
 1291 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den  
 1292 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten**  
 aus  
 1293 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**  
**Regenwald.**

1294 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
 1295 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die  
 1296 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen  
 1297 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden  
 könnten.

1298 **Wir GRÜNE lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**  
**Form ab,** denn

1299 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen  
 1300 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des  
 1301 jetzigen

1302 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem  
 ist

1303 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es  
 1304 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die  
 1305 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1306 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf  
 1307 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen,  
 offenen,

1308 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung  
 1309 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen  
 1310 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein  
 1311 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf  
 1312 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1313 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet  
 1314 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser  
 1315 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben  
 werden,

1316 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele  
 1317 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-  
 1318 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1319 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für alle Teile  
 1320 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen  
 1321 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire  
 1322 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so

zu

1323organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1324Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für  
1325einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen  
1326können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden  
1327Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die  
1328Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen  
Fracking-  
1329Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1330Lieferkettengesetz einführen

1331Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder  
1332geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen  
1333einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten  
1334verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen  
1335ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten  
1336Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland  
1337mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien  
1338Lieferketten einkaufen.

1339Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar  
machen,

1340wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen  
1341beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**

1342**Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland  
zivilrechtlich**

1343**belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen  
1344entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem  
1345müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte  
1346produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch  
1347Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und  
1348ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen  
1349sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und  
1350Menschenrechte.

1351Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
1352Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty  
1353Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für  
1354Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1355Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für  
1356Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So  
1357sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo  
1358geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder auch  
1359Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen  
Markt

1360gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die

1361Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen entlang

1362der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1363Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1364Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen

1365vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler

1366Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler

1367Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher

1368Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen

1369Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von Verträgen

1370zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1371Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den

1372Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und

1373klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür

1374kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte

1375aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir

1376wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die

1377Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen

Handelsabkommen, da

1378die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1379Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1380Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um

1381Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von

1382Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.

1383Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher

1384setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von

1385Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu

1386Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten

1387Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn

1388bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,

1389wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung

1390dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen

1391Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen

1392auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und Unternehmen, im

1393Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1394Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1395Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt

1396wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die

1397Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1398großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen

1399Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und  
1400Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt  
erschüttert  
1401und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer  
1402Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
1403Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir  
1404wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System**  
**stabilisierter**  
1405**Wechselkurse anregen.** In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,  
Entwicklung und  
1406Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1407**Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir  
1408streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,  
1409langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
1410müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch  
1411verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen  
1412absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
1413kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

1414wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer  
1415berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
1416Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit  
1417den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-  
1418Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
1419(AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1420Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.  
1421Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,  
1422muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1423Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken  
können  
1424beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-  
1425ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang

1426zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für  
1427globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,  
1428aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz  
1429konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie  
1430nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und  
1431armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1432Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein  
1433geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System,  
das  
1434die Interessen der Gläubiger\*innen und Schuldner\*innen austariert, führt zu adäquater  
1435Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die  
1436aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie

1437 korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen  
1438 belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen  
1439 von Schulden verwehrt werden.

1440 Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des  
1441 Gemeinwohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik  
1442 „Nettokreditgeber“ – das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren  
1443 geht, übersteigt die Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und  
1444 Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die  
1445 organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir  
Staaten  
1446 dabei unterstützen, solide Steuersysteme aufzubauen.

### 1447 **13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1448 Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher  
1449 Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese  
1450 positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die  
1451 globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,  
1452 Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und  
1453 internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister  
1454 gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit  
1455 Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1456 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürger\*innen attraktive Sparmöglichkeiten  
1457 anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen und einer  
1458 umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und vor allem  
1459 den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so genannten  
1460 nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der zielgerichtet in  
1461 nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbensprüche vorhanden sind.  
1462 Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung dieser Konten,  
1463 deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1464 Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder  
1465 im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland  
1466 hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken  
1467 bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche  
1468 Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-  
1469 finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine  
1470 Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter  
1471 werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1472 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln  
1473 werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine  
1474 ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent - stellt sicher, dass genügend  
1475 Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante  
Banken

1476 müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells  
1477 orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den  
1478 Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz

1479berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,  
1480hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das  
1481Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler\*innen  
gehört  
1482dann der Vergangenheit an.

1483Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten  
1484entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und  
1485schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln  
1486schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung  
nutzen

1487können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**  
1488**Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese  
1489von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen  
1490Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**  
**Geld**

1491wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell  
1492viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,  
1493die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon  
1494problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

1495lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1496**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre  
1497Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen  
1498eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese  
1499Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung  
1500eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer\*innen der Unternehmen und den  
Kund\*innen

1501gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu  
1502gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch  
1503sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es  
1504nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung der  
1505Kund\*in weiterverkaufen.

1506Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute  
dazu,

1507dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den  
1508höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – die Kund\*in zahlt  
1509die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater\*in,  
1510dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und  
1511sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute  
1512Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1513Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und  
1514Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die  
1515Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken  
1516und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen,  
1517die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie

1518deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen  
1519ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas  
1520machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit  
1521dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1522Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte  
1523Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als  
1524Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1525Ein Bürger\*innenfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1526Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der  
1527Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürger\*innenfonds** vor. Er  
1528soll all den Bürger\*innen eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen zu

1529klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den  
1530Bürger\*innenfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens  
1531ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die  
1532Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den  
1533Bürger\*innenfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird  
1534der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir  
1535stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige  
1536Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürger\*innenfonds bietet also Menschen, die kleine  
1537Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die  
1538Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein:  
1539Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer  
1540nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

#### 1541**14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1542Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser,  
1543Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger\*innen grundlegende Güter und  
1544Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige  
1545Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen  
1546Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger  
1547wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt  
1548werden.

1549Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer  
1550mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen  
1551Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir systematisch  
1552stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-  
ökologisch**

1553**inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform  
ermöglichen, die

1554eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr  
1555von Vermögenseigentümer\*innen sondern von Verantwortungseigentümer\*innen gehalten wird.

1556Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für  
1557Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle



1558Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine  
1559stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1560Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.  
1561Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen  
wir in

1562Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1563Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die  
1564Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen  
Ökonomie

1565sichtbarer werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.

1566Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von  
1567bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve  
1568eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So  
1569stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf  
1570europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und  
1571solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige  
1572Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über  
1573Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1574So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit  
1575die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen  
1576zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1577Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,  
1578damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-  
1579Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht  
1580übersetzen, dass die Bürger\*innenenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieter\*innenstrom  
1581wollen wir hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare  
1582zu ermöglichen.

1583Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass  
auch

1584Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht  
1585integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien  
1586berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von  
1587sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)  
1588Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige  
1589gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss  
1590künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko  
1591ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter\*innen dagegen klagen.

## 1592**15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1593Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte  
der

1594insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine  
1595Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,  
1596ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen  
1597auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen

1598schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1599investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der  
1600Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug  
1601investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine  
1602stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn  
1603zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer  
1604Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1605Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1606umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei  
1607zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben  
zum

1608Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt  
1609der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1610Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von  
1611Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1612Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft  
1613oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist  
1614deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als  
1615auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1616dauerhaft und nachhaltig.

1617Investitionsgesellschaften gründen

1618Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen  
1619lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche  
1620gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1621andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1622öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.  
1623Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch  
1624wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer  
1625Zinsen.

1626Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von  
1627**öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder  
1628öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche  
1629gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem  
1630Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private  
1631Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt  
1632für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1633Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1634Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die  
Verschuldungsgrenze

1635bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für  
1636Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und  
1637Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die  
1638Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches  
1639Vermögen auch öffentlich bleibt.

1640 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1641 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu  
1642 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der  
1643 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In  
1644 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1645 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1646 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1647 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir  
1648 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere  
1649 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand  
1650 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**  
1651 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**  
**weiterentwickeln**

1652 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr  
investiert  
1653 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch  
1654 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**

1655 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**  
**und**

1656 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1657 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran  
gebunden,

1658 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP  
1659 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.

1660 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen  
1661 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche  
1662 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese  
1663 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn

1664 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen  
1665 Finanzpolitik.

1666 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr  
1667 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,  
der

1668 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er  
1669 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.  
1670 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine  
Änderung

1671 des Grundgesetzes an.

1672 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und  
1673 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,  
1674 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen

1675 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1676 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer  
1677 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1678 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem  
1679 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen  
1680 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen  
1681 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,  
1682 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische  
1683 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir  
1684 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und  
schneller  
1685 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen  
1686 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1687 1. Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan  
für  
1688 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.